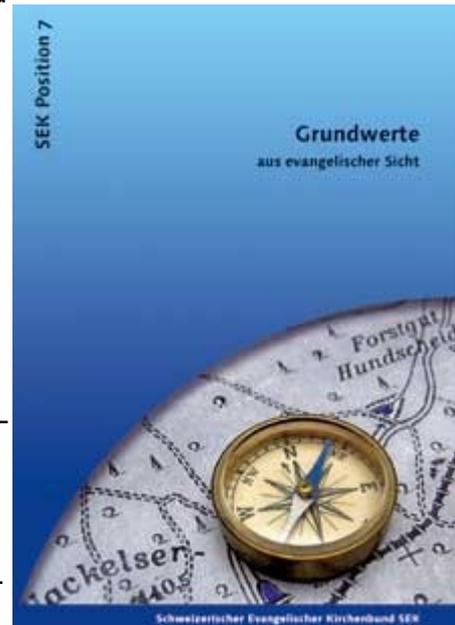


Frieden

Mit dem Zusammenbruch der ehemaligen Ostblockstaaten rückte das Thema «Frieden» auf dem europäischen Kontinent immer weiter in den Hintergrund. Seit den Terroranschlägen vom 9. September 2001 erscheint das Problem zwar wieder auf der weltpolitischen Agenda, allerdings mit anderen Vorzeichen. Frieden wird nun zum Ziel militärischer Interventionen, seien sie «humanitär» oder «kriegerisch». Die Propagierung des «gerechten Krieges» hat das Ringen um den «gerechten Frieden» abgelöst. Im Windschatten internationaler Ereignisse begegnen sich in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen ganz verschiedene Formen wachsenden Unfriedens: in der Familie, zwischen den Generationen, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Politik, in den Kirchen, zwischen Religionen und gesellschaftlichen Gruppen. Zu diesen sozialen Formen von Friedlosigkeit treten jene zwischenmenschlichen Konflikte, die heute als psychopathologische Phänomene in der Psychologie und Medizin in den Mittelpunkt rücken. Schliesslich begegnet der Friedensbegriff in jüngerer Zeit auch als Forderung zur Bestimmung des Verhältnisses des Menschen zu seiner natürlichen Umwelt.



Frieden erscheint im Alltag einerseits als Gegenbegriff zu Formen von Gewalt, Aggression und Zerstörung. Andererseits sind damit bestimmte qualitative Vorstellungen des Zusammenlebens verbunden. Bereits in der griechischen Mythologie erscheint die Göttin des Friedens eirene gemeinsam mit ihren Schwestern eunomia (gute Ordnung) und dike (Gerechtigkeit). Frieden meint danach nicht negativ einen Zustand der Abwesenheit von Gewalt und Zerstörung, sondern positiv einen geordneten und gerechten Zustand der Gemeinschaft. Der römische Rechtsbegriff pax akzentuiert diese Gehalte rechtlich und sozial: Friede ist der Rechtszustand, der dem Streit ein Ende setzt. Im Alltagsgebrauch werden Zustände, Stimmungen oder Ereignisse als friedlich bezeichnet, wenn sie als harmonisch, konstruktiv, lebensförderlich, gewiss, geordnet, vertrauensvoll, entspannend, offen, zärtlich, angst- oder sorgenfrei empfunden werden. Frieden verbindet sich in diesen

Vorstellungen mit Aspekten von Gewissheit bzw. Sicherheit. Dem persönlichen Lebensgefühl der Gewissheit entspricht dabei die gesellschaftliche Wahrnehmung struktureller Sicherheit. Unsichere Arbeitsbedingungen oder eine krisenhafte Beziehung werden als unfriedlich empfunden, wenngleich von keiner Seite handgreifliche Gewalt ausgeht. Die Präsenz anderer Religionen in der Öffentlichkeit erscheint vielen bedrohlich, obwohl die Gläubigen im besten Sinne friedfertig sind. Wie bei den Göttern der griechischen Mythologie verbinden viele Frieden mit der Gewissheit vertrauter («guter») Ordnungen und der Sicherheit ihres fortdauernden Bestehens und Schutzes. Frieden kommt in den biblischen Traditionen in vielfältiger Weise vor, wobei stets das Verhältnis zwischen Gott und Menschen sowie der Bezug auf eine heilvolle Gesamtordnung im Zentrum stehen. Das hebräische schalom bringt dieses Ergänzungsverhältnis zwischen der Abwesenheit von Gewalt, dem lebensfördernden Zustand der Gemeinschaft von Familie, Volk und Völkerwelt und der Versöhnung zwischen Gott und Mensch, Mensch und Natur zum Ausdruck. Im Gruss bewirkt ein Mensch für einen anderen schalom (Gen 43,27f.), im Gottesdienst wird schalom im Segen zugesprochen (Num 6,26). Auch im Alten Testament gehen Frieden und Gerechtigkeit eine enge Verbindung ein (vgl. Ps. 72). Bis in die Gegenwart lebendig ist das Bild des Propheten in Jes 2,4: «Und er wird Recht sprechen zwischen den Völkern und Weisung geben den Nationen; und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Spiesse zu Rebmessern. Kein Volk wird wider das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr lernen.» (vgl. Ps 46,9f.).

Die neutestamentliche eirene begegnet häufig als Verbindung von Frieden und Heil, so in dem Einganggruss «Gnade und Friede» der paulinischen Briefe oder in dem weihnachtlichen Lobpreis «Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden» (Lk 2,14). In Christus als «unser Friede» (Eph 2,14) wird der Friedenswille bezeugt, wie er in der stellvertretenden Übernahme menschlicher Schuld (Röm 3,25f.) und in der Feindesliebe (Röm 5,10) hervor tritt. Frieden ist Ausdruck des neuen Verhältnisses zwischen Gott und Mensch sowie zwischen Mensch und Mitmensch. Herausragendes Merkmal des urchristlichen Friedensverständnisses sind die Feindesliebe und der Vergeltungsverzicht (Mt 5,38–48). Dabei wird der gemeinschaftlich gelebte Friede streng unterschieden vom militärisch gesicherten, politischen Frieden des Imperium Romanum (vgl. Joh 14,27; 1 Thess 5,3).

Der Streit um den Frieden bestimmt die Geschichte der Kirche bis in die Gegenwart. Eher

politisch pragmatische und urchristlich inspirierte radikale Positionen stehen sich gegenüber. Spätestens mit der Reformation zerbricht der Gedanke von einem weltlichen Frieden, der auch die Einheit der Christenheit umfassen würde. Die mittelalterliche Philosophie der Scholastik hatte vorher differenzierte theologische Kriterien für die Rechtmässigkeit von Kriegen entwickelt, denen sich auch die Reformatoren im Prinzip anschlossen. Anders als etwa Thomas von Aquin spricht Luther in seiner Kriegsleuteschrift aber nicht vom «gerechten Krieg», sondern von der «gerechten Kriegsführung». Es geht nicht mehr um eine prinzipielle Rechtfertigung von Kriegen an sich, sondern um die Frage des angemessenen Verhaltens von Soldaten und Befehlshabern im Krieg.

Die aktuelle, auch theologisch-ethische Diskussion übersieht häufig diese Differenz und hat das mittelalterliche Thema unter dem Eindruck der jüngeren weltpolitischen Entwicklungen wieder aufgegriffen. Gegen eine Haltung, die voreilig Frieden mit Sicherheit verwechselt und pragmatisch dem politischen „mainstream“ huldigt, muss an jene kirchlichen Stimmen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert werden, die sich in unmissverständlicher Klarheit für den Weltfrieden eingesetzt und den Beitrag der Kirchen formuliert haben. Der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen sowie die Vorläuferorganisationen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), die Bewegung für Praktisches Christentum («Life and Work»), die Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung («Faith and Order») und der Internationale Missionsrat («International Missionary Council») waren von Anfang an der Aufgabe internationaler Friedenssicherung verpflichtet. Programmatisch heisst es in einer Resolution des Weltbundes von 1929 in Avignon: «Wir glauben, dass der Krieg als eine Einrichtung zur Beilegung internationaler Streitigkeiten unvereinbar ist mit dem Geist und der Art Christi und deswegen auch unvereinbar ist mit dem Geist und der Art seiner Kirche.» Dieser Satz spricht aus, was in der aktuellen kirchlich-theologischen Diskussion durchaus nicht mehr selbstverständlich ist.

Ein Jahr vor der Machtergreifung Hitlers hat Dietrich Bonhoeffer in seinem berühmten Fanø-Vortrag auf eine wichtige Unterscheidung aufmerksam gemacht: «Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen? Oder durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier überall Friede und Sicherheit verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern heisst Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wiederum Krieg.» Frieden gegen Sicherheit! Diese Botschaft

klingt naiv und sie ist es in dem Sinne, wie Jesu Verkündigung in der Bergpredigt mit den etablierten Vorstellungen von Stärke, Autorität und Sicherheit bricht. Naivität ist an dieser Stelle Ausdruck der Einsicht eines «kindlichen Glaubens», der sich des Heils gewiss ist, ohne mit dem Erfolg machtstrategischen Kalküls rechnen zu müssen.

Weder die Politik noch die Mehrheit der Theologen sind damals Bonhoeffer gefolgt. Die weltpolitische Lage ist heute eine ganz andere. Gleichwohl stellt sich nach wie vor die Frage nach einem christlich begründeten Umgang mit Gewalt, sei sie subjektiv motiviert oder vom Staat angedroht oder befohlen. Eine einflussreiche theologisch-ethische Position argumentiert angesichts der Tatsache individueller und kollektiver Gewalt für eine strikte Unterscheidung zwischen dem Frieden als eschatologischer Hoffnung und dem Frieden als Ziel politischen Handelns. Beide dürfen weder vermischt (wie diese Position betont), noch auseinander gerissen werden (wie dieselbe Position weitgehend verschweigt). Politische «Verantwortung» und christliche «Gesinnung» lassen sich nicht trennen. Freilich reicht das umfassende christliche Verständnis vom Frieden ungleich weiter als jede politisch-pragmatische Fixierung auf menschlich «machbare» Sicherheiten. Die christliche Freiheit zum Frieden steht unter der beständigen Herausforderung der Unfreiheit faktischer Unsicherheiten und Bedrohungen. Der Kirchenvater Augustinus spricht daher im XIX. Buch seines «Gottesstaates» vom Frieden als Hoffnung und nicht als Wirklichkeit. In einer Zeit, in der Angst und Unsicherheit die Weltpolitik regieren, erscheint ein christliches Friedensverständnis, das sich entschieden dagegen wehrt, auf Sicherheit reduziert zu werden, utopisch oder weltfremd. Es geht aber nicht darum, Frieden gegen Sicherheit auszuspielen oder umgekehrt, sondern darum, Frieden nicht in Sicherheit aufgehen zu lassen. Menschen brauchen Sicherheiten nicht nur zum schlichten Überleben. Die Sicherheitsbedürfnisse bleiben aber solange unfriedlich, wie sie sich gegen Andere richten. Die Höhe von Grenzbefestigungen wächst mit der Unfriedlichkeit des Verhältnisses der Menschen vor und hinter dem Zaun. Solche Sicherheitsvorkehrungen setzen nicht nur unfriedliche Verhältnisse voraus, sondern sind Monumente der Resignation gegenüber der Aufgabe, Frieden zu schaffen. Sicherheit muss allen Menschen zugestanden werden, also auch jenen, vor denen man sich schützen will. Ein solches umfassendes «Sicherheitssystem» bietet allein das Recht und das Gewaltmonopol des Staates als seine Sanktionsinstanz.

Aus christlicher Perspektive ist «der Friede der Ernstfall» (Gustav Heinemann, Karl Barth), der den ganzen «christlichen Glauben, Verstand und Mut» sowie den Einsatz der

«christlichen Kirche» braucht, damit kein Mensch, kein Volk und kein Staat mehr einen Anlass «zur Flucht in den Krieg» (Karl Barth) hat. Nur im Frieden bzw. im Einsatz für den Frieden kann Krieg verhindert werden. Dem schon bei Platon begegnenden Motto „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“ entgegnet die neutestamentliche Botschaft: „Wenn du Frieden willst, schaffe Frieden“. Frieden gibt es nicht – wie die biblischen Zeugnisse unmissverständlich klarstellen – jenseits von Recht und Gerechtigkeit. Den Frieden zu propagieren und ungerechte Zustände zu schaffen, zu belassen oder zu ignorieren, ist ein Widerspruch in sich. Genauso wenig kann es Frieden längerfristig jenseits rechtsstaatlicher Ordnung geben. Stichpunktartig skizziert das «zivilisatorische Hexagon» (Dieter Senghaas) die Grundlagen für jede politische Friedensordnung: 1. Entprivatisierung von Gewalt und Herstellung eines legitimen Gewaltmonopols. 2. Kontrolle des Gewaltmonopols und Schaffung von Rechtsstaatlichkeit. 3. Förderung de-eskalierender Interaktionsstrukturen. 4. Demokratische Beteiligung an den Prozessen politischer Entscheidungsfindung. 5. Soziale Gerechtigkeit als materielle Basis von Rechtsstaatlichkeit. 6. Förderung einer konstruktiven, kompromissfähigen Konfliktkultur. Dies gilt nicht nur für die Bewältigung und Prävention nationaler und internationaler Konflikte, sondern liefert zugleich den Rahmen für jede Form von Auseinandersetzungen. Unfrieden beginnt lange bevor das Militär auffährt, die Schreie der Opfer von Gewalt hörbar werden oder Flüchtlingsströme sich in Bewegung setzen. Ungerechtigkeit und Rechtlosigkeit stehen am Anfang und entladen sich häufig viel später, an anderen Orten in anderen Zusammenhängen. Dass niemand gezwungen wird, zu Mitteln der Gewalt zu greifen, ist heute eine lokale und globale Herausforderung, der sich niemand entziehen dürfte. Unfriedlichkeit umfasst viel mehr als blanke Gewalt, denn Frieden kann nicht reduziert werden auf die Abwesenheit kollektiver Formen von Gewalt, sondern schliesst unverzichtbar Recht und Gerechtigkeit mit ein. So muss sich jede Person, jede Gruppe, jedes Volk und jeder Staat kritisch fragen lassen, was er bzw. sie zu den kriegerischen und gewalttätigen Konflikten beiträgt, die weit entfernt stattfinden und an denen sie bzw. er selbst nicht beteiligt ist. Glauben, Verstand und Mut braucht eine Kirche, die ihre Verantwortung für den Frieden wahrnimmt und sich nicht mit der Garantie eigener Sicherheiten begnügt. Solange Sicherheit auf dieser Welt das Privileg weniger wohlhabender Gesellschaften ist, bleibt sie trügerisch und angreifbar. Ihre Verteidigung verlangt selbst immer neue Formen von Gewaltandrohung und -anwendung. Notwendig ist ein Glaube, dessen Sicherheit sich nicht an den Garantien eines gesellschaftlichen status quo bemisst, ein Verstand, der die eigenen Verstrickungen in Gewalt und Friedlosigkeit wahr- und ernst nimmt, sowie ein Mut, der das Gespräch auch dort noch sucht, führt und

fortsetzt, wo die offizielle Sprache längst verstummt ist.

*aus: SEK Position 7, Grundwerte aus evangelischer Sicht, S. 41ff.
Die Publikation kann über www.sek.ch/shop bestellt und kostenlos heruntergeladen werden.*